



16.08.2006

BEIRUT/BERLIN

(Eigener Bericht) - Vor der Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Nahen Osten warnen libanesische Kritiker vor einem neuen Bürgerkrieg. Auch eine deutsche Militärintervention werde das "explosive Gemisch" aus westlichen, arabischen und iranischen Interessen "nicht neutralisieren können", urteilt der Beiruter Historiker Prof. Abdel-Raouf Sinno im Gespräch mit german-foreign-policy.com. Während in Berlin verschiedene Szenarien über die Truppengattungen kursieren, die im Libanon intervenieren sollen, verweist Sinno auf die Fortdauer der deutsch-französischen Konkurrenz, von der das östliche Mittelmeergebiet betroffen ist, seit deutsche Unternehmen dort in großem Maßstab zu expandieren begannen. Im "Greater Middle East", dem US-Entwurf einer arabischen Ressourcenkolonie, entfalten sich innerwestliche Widersprüche und führen zu einer zunehmenden Destabilisierung der gesamten Region.

Wie es in Berlin heißt, wird Verteidigungsminister Franz Josef Jung am morgigen Donnerstag auf einer Truppenstellerkonferenz in New York das deutsche Angebot für die westliche Libanon-Intervention vorstellen. Nach wie vor gilt die Übernahme von Aufklärungs- und Überwachungstätigkeiten durch die Bundeswehr als möglich, Militärpolitiker plädieren insbesondere für den Einsatz von Kriegsschiffen zur Kontrolle libanesischer Hoheitsgewässer. Auch könne die Bundespolizei die libanesisch-syrische Grenze überwachen; ebenso sei das Technische Hilfswerk (THW) als Ersatzeinheit geeignet, verlautet aus Regierungskreisen. All diese Vorschläge stoßen im Libanon auf Kritik. Er "befürworte nicht, dass Deutschland seine Truppen in den Libanon schickt", erklärt der libanesische Historiker Abdel-Raouf Sinno im Gespräch mit german-foreign-policy.com. Sinno ist Spezialist für die Geschichte der deutsch-libanesischen Beziehungen und hält im Falle einer westlichen Militärintervention einen neuen Bürgerkrieg für möglich - "sei es, dass die Hizbollah es ablehnt, sich entwaffen zu lassen, sei es, dass die schwache libanesische Regierung dies mit Gewalt versucht." [1]

Rückschlag

Wie Sinno urteilt, versucht Berlin seine Position im Nahen Osten erneut durch die Übernahme von Vermittlungsfunktionen zu stärken und verfolge dabei eigennützige Ziele. Die Bundesregierung wolle die Truppenstationierung "auf jeden Fall in Übereinstimmung mit dem Libanon bzw. der Hizbollah, Syrien und Iran" durchführen, beobachtet Sinno: "Deutschland will erneut als Mittler auftreten." Bei diesen Versuchen erlitt die deutsche Außenpolitik gestern einen Rückschlag. Der syrische Präsident machte kurz vor einem vereinbarten Treffen mit dem deutschen Außenminister klar, dass sich sein Land in die Vermittlungspläne nicht einbinden lasse und auf einer unabhängigen Position bestehe. Daraufhin musste Außenminister Steinmeier sein Besuchsvorhaben in Damaskus absagen.

Konkurrenz

Das deutsche Mittelgebaren stößt auch in Paris auf Widerspruch. Streitpunkt ist der angemäße deutsche Anspruch auf Ordnungsbemühungen in der früheren französischen Kolonialsphäre. Paris, das vormals über weite Teile des heutigen Libanon und Syriens herrschte, verfügt in Beirut über erheblichen Einfluss. Dass der deutsche Außenminister jetzt in Damaskus gescheitert ist, dürfte in Frankreich nicht ohne Genugtuung zur Kenntnis genommen werden. Seit deutsche Unternehmen in großem Maßstab zu expandieren begannen, um sich neue Absatzgebiete zu erschließen, werden im östlichen Mittelmeer deutsch-französische Konkurrenzkämpfe ausgetragen. Ziel ist es, bei der geopolitischen Besetzung und Ausplünderung der arabischen Staaten eine führende Position einzunehmen. Entsprechende Vorarbeiten leistete die deutsche Außenpolitik lange vor ihren heutigen Schutzbehauptungen, sie wolle das Existenzrecht Israels sichern.

Nationaler Rückhalt

Einen ersten bedeutenden Aufschwung nahm die deutsche Nahost-Politik während der Herrschaft Wilhelms II. Vor 1871 verfolgten lediglich die deutschen Kirchen umfassende Interessen im damaligen Palästina und in Syrien; der bilaterale Warenaustausch blieb trotz einiger Handelsabkommen schwach. Erst die Wirtschaftskrisen des frühen Kaiserreichs forcierten die Suche nach neuen Absatzmärkten für die Produkte der deutschen Industrie und intensivierten auch den deutschen Nahost-Handel. Eine Verschärfung der innereuropäischen Konkurrenz blieb nicht aus. Mit der Gründung der vom Auswärtigen Amt unterstützten Deutschen Palästinaabank im Jahr 1897 suchten Finanzkreise "den deutschen Interessen im Orient einen besseren Rückhalt an einem nationalen Bankinstitute zu bieten".[2] Während es der Bank rasch gelang, sich gegenüber der Banque Impériale Ottomane und dem französischen Crédit Lyonnais zu behaupten, blieb die deutsche Wirtschaftsposition in Syrien und Palästina trotz eines spürbaren Aufschwungs im Vergleich zu anderen europäischen Mächten relativ schwach.

"Frankreich Abbruch tun"

Auch mit politischen Einflussnahmen gelang es nicht, die europäischen Konkurrenten in Syrien und Palästina abzudrängen. Die Mitte der 1880er Jahre zunehmenden Konflikte zwischen Berlin und Paris spiegelten sich auch in Syrien wider: Seit 1887 besuchten gelegentlich deutsche Kriegsschiffe die syrische Küste, in den 1890er Jahren kam es zu Auseinandersetzungen mit Frankreich um die Schutzfunktion für im Nahen Osten lebende deutsche Katholiken. Es sei "im allgemeinen nützlich", schrieb der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt im Juni 1898, "alles zu unterstützen, was einerseits dem französischen Prestige in der Levante Abbruch thun und andererseits den neuerdings mehr

hervortretenden Antagonismus der deutschen gegen die französischen Katholiken in Orientangelegenheiten wachhalten kann".[3] Die Orientreise Wilhelms II. im Herbst 1898 stärkte die deutschen Wirtschaftsbeziehungen und führte unter anderem zum Bau der Bagdad-Bahn durch deutsche Unternehmen. Dennoch resümierte die deutsche Presse ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkriegs: "Die Tatsache ist (...) nicht wegzuleugnen, daß der heutige Stand der Lage Frankreich immer noch eine überlegene politische Stellung in Syrien und Palästina sichert."[4]

Besetzung

Trotz des Zusammenbruchs am Ende des Ersten Weltkriegs führten Exportinteressen in der Weimarer Republik zu einer erneuten Nahost-Expansion. Nach dem Abschluss eines Handelsabkommens mit der Mandatsmacht Großbritannien entwickelte sich Deutschland schon bald zum zweitwichtigsten Wirtschaftspartner Palästinas. Im östlichen Mittelmeer verfolge Berlin vor allem "Ansprüche auf die Beteiligung an der Ausbeutung von Ölquellen", erklärte das Auswärtige Amt im August 1940. "Diese Richtlinien werden jedoch vertraulich zu behandeln sein", hieß es in einem Rundschreiben des Ministeriums im Blick auf mit NS-Deutschland kollaborierende Teile der arabischen Eliten: "Insbesondere dürfen sie nicht arabischen Persönlichkeiten mitgeteilt werden."[5] Anfang 1942 konkretisierte eine für das Auswärtige Amt erstellte Denkschrift die deutschen Nahost-Interessen: "Das Ziel unseres Vormarsches im arabischen Raum wird neben der Besetzung der Länder Irak, Syrien und Palästina der Suez-Kanal und der Persische Golf sein. (...) Vorbereitet werden muss die Übernahme der Erdölanlagen in den verschiedenen Gebieten Arabiens und Irans (Kerkuk, Khanekin, Abadan, Koweit, Bahrein)".[6]

Chaos

Die damals geplante Okkupation weiter Teile des Nahen Ostens ist inzwischen gelungen oder steht bevor - durch eine Koalition der vormals verfeindeten Industriestaaten inklusive ihres deutschen Konkurrenten. Da sich die Beteiligten auf eine einheitliche Strategie nicht verständigen können und ihre jeweiligen Vorteile suchen, gerät die gesamte Region an den Rand des Chaos, dessen Blaupause der US-Entwurf für einen "Greater Middle East" ist. Der Libanon ist das jüngste Opfer. "Die europäischen Mächte, die hier zu gewinnen glauben, werden verlieren", urteilt Prof. Sinno im Interview mit dieser Redaktion.

Das Interview mit Prof. Abdel-Raouf Sinno finden Sie [hier](#). Weitere Informationen über die deutsche Libanon-Politik finden Sie in folgenden Texten: [Kriegserklärung](#), [Der Ermittler](#), [Dummy Foundations](#), [Der Weg nach Damaskus](#) und [Der Vermittler](#)

Bitte lesen Sie morgen: Metamorphosen. Die deutsche Israel-Politik und ihr Nutzen

- [1] Lesen Sie dazu unser [Interview mit Prof. Abdel-Raouf Sinno](#)
- [2] Karl Strasser: Die deutschen Banken im Ausland, München 1925
- [3] Abdel-Raouf Sinno: Deutsche Interessen in Syrien und Palästina 1841-1898; Berlin 1982
- [4] Kölnische Zeitung 16.07.1913
- [5] Rundschreiben des Auswärtigen Amts vom 20. August 1940, zitiert nach: Rheinisches JournalistInnenbüro (Hg.): "Unsere Opfer zählen nicht". Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Berlin 2005
- [6] Zum Kaukasus, zum Ural und weiter... Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941; junge Welt 22.06.2001



<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56459>